

Detmold, 06. 03. 2013

Haushaltsrede Bündnis 90 /Die Grünen zum Haushalt 2013

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

der Haushalt 2013 wird von einer großen Koalition aus SPD und CDU verabschiedet werden, einem absoluten Novum für Detmold, und er trägt in seinem Ergebnis die Handschrift von etwas Hilflosigkeit und mangelndem Einfallsreichtum.

Die wenigen Sitzungen der Fraktionsspitzen mit der Verwaltung zur Diskussion des vorgelegten Haushaltsentwurfs zeigten schnell eine allgemeine Unzufriedenheit mit dem Haushalt, insbesondere, weil das im letzten Jahr angestrebte Ziel der schnellen Haushaltskonsolidierung weiter aufgeschoben wurde. So sollten eigentlich die Kassenkredite schon ab 2013 langsam abgebaut werden, da eine weitere Überschuldung des Haushaltes für die Detmolder Bürgerinnen und Bürger auf Dauer zu einer immensen Belastung führt.

Die Vorlage des Haushalts 2013 beginnt nun mit der Aussage, dass das Ziel weniger Kassenkredite aufzunehmen schon 2013 nicht gehalten werden kann. Waren es im ersten Entwurf noch zusätzlich 3,3 Millionen, so sind es inzwischen 6,6 Millionen € zusätzliche Kassenkredite. Für die nächsten Jahre wird wieder einmal prognostiziert, dass die Kassenkredite abgebaut werden, nun noch etwas stärker, als im letzten Jahr geplant.

Diese Taktik des Verschiebens auf die nächsten Jahre, um jetzt einen Haushalt verabschieden zu können, wird auf Dauer nicht funktionieren und wir sind nicht bereit, dieses mit zu tragen. Wo sollen denn die Verbesserungen in den nächsten Jahren herkommen, wenn die Praxis der vergangenen Jahre gezeigt hat, dass dann, wenn es konkret wird, die prognostizierten Einsparungen nicht zu halten sind? Insbesondere, wenn jetzt schon beschlossen wird, dass zweieinhalb Millionen zusätzlich in die Zukunft verschoben werden und in den nächsten Jahren dann finanziert werden müssen. Das ist kein seriöses Handeln der Detmolder Bevölkerung gegenüber und wird auf Dauer nicht zum Schuldenabbau führen können.

Schaut man sich die von der Verwaltung nun vorgeschlagenen Kürzungen und Verschiebungen zur inhaltlichen Ausgestaltung der Vorgaben von SPD und CDU näher an, zeigt sich folgendes:

- Beantragt ist: von SPD und CDU 500.000 € beim Neubau der Heinr. Drake Realschule zu sparen.

Tatsache ist, dass die Ausschreibungsergebnisse so positiv ausgefallen sind, dass hier sowieso 500.000 € gespart werden, also eine schon vorhandene Einsparung, die die Verwaltung eigentlich als Haushaltsverbesserung für die Haushaltsberatungen hätte nennen müssen.

- Beantragt sind von SPD und CDU weiterhin die Verschiebung von Investitionen in Höhe von 500.000 € nach 2014, der Vorschlag der Verwaltung beinhaltet nun unter anderem eine Verschiebung von 70.000 € Investitionen im Fuß- und Radwegenetz. Erstaunlich ist hierbei allerdings, dass der Topf nur 50.000 € eigene Mittel enthält 200.000 € sind aus Landesmitteln eingeplant, die natürlich nur fließen, wenn eigene Mittel bereitstehen, also hier soll tatsächlich eine Einsparung beschlossen werden, die zum einen gar nicht im Haushalt steht und zum anderen zum Verlust von 200.000 € Landesmitteln führt, nicht sehr sinnvoll finden wir.
- Beantragt ist die Einsparung von 500.000 € Sachkosten in den Fachbereichsbudgets, die Verwaltung empfiehlt hier die pauschale Kürzung der Kosten für das kommunale Rechenzentrum für die nächsten Jahre um jeweils 500.000 € im Jahr mit dem Hinweis, wir müssen dann mal schauen, wie wir es wirklich schaffen die Einsparung zu finanzieren. Eines ist allerdings sicher, die Kosten für das kommunale Rechenzentrum werden nicht um 500.000 € sinken und es wird auch nicht möglich sein hier Leistungseinschränkungen in dieser Höhe vorzunehmen, sind wir also gespannt, wo was wie gespart wird.
- Beantragt ist weiterhin die Verschiebung von Investitionen in Höhe von 2 Millionen € im Vollzug. Diese müssen dann in den Folgejahren finanziert werden, da es sich um schon beschlossene Maßnahmen handelt, und sie werden dann zu einer Erhöhung der Kreditaufnahme in den Folgejahren führen.

Insgesamt wird damit der Beschluss von SPD und CDU zum Haushalt eine nicht langfristig tragende Notlösung, die die Finanzen der Stadt Detmold nicht langfristig saniert und Probleme weiter aufschiebt.

Besonders schade ist, dass von SPD und CDU nun inhaltlich Pflöcke eingerammt werden, die die soziale Stadtgesellschaft negativ beeinflussen. So hat schon die Entscheidung gegen eine Sekundarschule jetzt dazu geführt, dass die Anmeldezahlen an Detmolder Schulen zugunsten der Sekundarschulen umliegender Gemeinden zurückgehen. Der Antrag der Grünen an allen weiterführenden Detmolder Schulen die Schulsozialarbeit zu stärken durch die Einrichtung von zwei Personalstellen zum nächsten Schuljahr, wurde von SPD und CDU abgelehnt mit dem Argument, können wir uns jetzt nicht leisten. Damit steht auch der neuen Integrationsklasse am Leo kein Sozialpädagoge zur Verfügung, eine Ungleichbehandlung gegenüber den Integrationsklassen an der Gesamtschule, die für uns nicht hinnehmbar ist.

Für den Umbau des Friedrichstaler Kanals werden im Gegensatz dazu nochmals zusätzliche 50.000 € eingestellt für Spielgeräte, nur um Kritiker zu besänftigen, hiervon wäre eine Pädagogestelle problemlos zu finanzieren gewesen.

SPD und CDU haben gerade den Passivhausstandard beim Neubau von Wohngebäuden im Einflussbereich der Stadt abgeschafft. Das bedeutet, dass eine Regelung, die bundesweit sehr viel positives Echo erzeugt hatte, nun ersatzlos gestrichen ist, ein Schildbürgerstreich mit immenser negativer Außenwirkung. Die inzwischen jahrzehntelange Praxis in Detmold Energieeffizienz Standards bei Neubauten umzusetzen und dadurch einen sehr wirksamen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten wird einfach über Bord geworfen. In ganz Europa üben sich die Kommunen in immer mehr Maßnahmen zum Klimaschutz, weil inzwischen erkannt wurde, dass Klimaschutz vor Ort beginnt und insbesondere Wärmedämmstandards auf Jahrzehnte die Klimabilanz beeinflussen – aber Detmold verfällt mal eben in die energetische Steinzeit, völlig ohne Not. Zumal zahlreiche Gutachten belegen, dass dieser Baustandard sich schon in wenigen Jahren rechnet. Wahrlich keine Entscheidung, auf die man stolz sein kann und die bundesweit für viel Kopfschütteln sorgen wird.

Mit der Ausweisung des Gewerbegebietes Peterskamp haben SPD und CDU gemeinsam jegliche Bemühungen zum sorgfältigen Umgang mit unserer Natur untergraben. Da kündigt das Land mit einer SPD und Grün geführten Landesregierung an, dass zukünftig die bundesweiten

Ziele zum Flächensparen ernst genommen werden sollten und in den Regionen Obergrenzen für die Neuausweisung von Bau- und Gewerbeflächen erarbeitet werden müssen. Daraufhin schlägt die Verwaltung vor, noch schnell so viele Gewerbeflächen wie möglich auszuweisen und SPD und CDU finden das ebenfalls eine gute Idee. Das zeigt deutlich Umweltschutz, Naturschutz, Klimaschutz sind nur so lange ganz nett, wie sie nicht unbequem werden und ein Umdenken erfordern.

Das ist anscheinend die neue nachhaltige Politik von SPD und CDU: nachhaltig wird ein Schuldenberg aufgetürmt, nachhaltig wird Grün aus der Stadt entfernt, nachhaltig wird Klimaschutz demontiert.

Ebenso erfolgreich wird Bürgerbeteiligung inzwischen klein geschrieben: Offene Politik wird durch Klüngel ersetzt. keine Bürgerbeteiligung beim Wall, Elternbefragung zur Sekundarschule abgesetzt, keine Bürgerbeteiligung bei Wohnumfeldgestaltung wie z. B. bei der Planung Martin-Luther-Straße.

Hoffen wir, dass auch wieder andere Zeiten kommen und in Detmold die Grundsätze sozial- und umweltpolitischen Handelns mehr Gewicht erhalten.

Wir werden erwartungsgemäß nicht dem Haushalt zustimmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Birgit Zeh". The signature is written in a cursive, flowing style with a long horizontal stroke at the end.